

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

A 013/2007 (Ddl)

Auftrag Fraktion SVP: Mehr Transparenz in der Kommunikation (30.01.2007)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das kantonale Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) wie folgt zu ergänzen:

(neuer Paragraph)

In Verlautbarungen der Polizei und der Justizbehörden ist auf die Nationalität von Tätern hinzuweisen. Zu erwähnen ist ferner, wenn ein Täter die schweizerische Staatsbürgerschaft vor weniger als zehn Jahren erlangt hat.

Begründung (30.01.2007): schriftlich.

In offiziellen Mitteilungen der Polizei und der Justiz werden die Nationalitäten von Tätern immer häufiger verschwiegen. Oder noch schlimmer: Es wird von Schweizern gesprochen, obwohl es sich um erst kürzlich eingebürgerte Ausländer handelt. Krassester Fall waren die Vergewaltigungsfälle von Zürich-Seebach, Steffisburg und Rhäzüns, bei denen ausnahmslos Ausländer oder eingebürgerte Ausländer am Werk waren. In solchen Fällen die Herkunft der (juristisch durchaus richtig als Schweizer bezeichneten) Eingebürgerten zu verschweigen, wird von einem wachsenden Teil der Bevölkerung als inakzeptabel und stossend empfunden. Das ist verständlich, denn die Öffentlichkeit wird auf diese Weise an der Nase herum geführt.

Leider stellen wir in den letzten Monaten fest, dass auch die Polizei Kanton Solothurn wieder vermehrt Polizeimeldungen ohne Nennung von Nationalitäten auf ihrer Website veröffentlicht. Das Vorgehen widerspricht dem Öffentlichkeitsprinzip des Kantons Solothurn. «Öffentlichkeitsprinzip» meint den freien Zugang zu amtlichen Dokumenten und das Recht jeder Person auf Einsichtnahme in Behördenakten, solange keine Geheimhaltungspflicht für ein bestimmtes Dokument besteht. Wir gehen davon aus, dass die Bekanntgabe der Herkunftsnation eines Täters in einer Polizeimeldung keine Verletzung der Geheimhaltungspflicht darstellt und im Rahmen der ordentlichen Information zu erfolgen hat. Als Vorreiterkanton in Sachen Öffentlichkeitsprinzip hat der Kanton Solothurn auch hier vollumfänglich und korrekt zu informieren.

Die SVP ist überzeugt, dass dieses Geschäft, obwohl sich der Regierungsrat wie auch die Mehrheit des Parlaments bereits einmal abschlägig dazu geäußert haben, aufgrund der Zuspitzung der tragischen Fälle neu beurteilt und rasch umgesetzt werden muss und kann. Andernfalls ist die SVP bereit und verpflichtet, die nötigen Gesetzesänderung noch in diesem Jahr durch eine Volksinitiative einzuleiten, damit diese stossende Praxis rasch behoben werden kann.

Unterschriften: 1. Roman Stefan Jäggi, 2. Heinz Müller, 3. Hans Rudolf Lutz, Hansjörg Stoll, Samuel Marti, Peter Müller, Fritz Lehmann, Rolf Sommer, Bruno Oess, Beat Ehram, Ursula Deiss, Walter Gurtner. (12)